

Forderungen der Kampagne „Öko + Fair ernährt mehr!“

04. Mai 2010

Eine Agrarpolitik, die Massenproduktion unter hohen ökologischen und sozialen Kosten fördert und auf ungebremsten Export setzt, ruiniert bäuerliche Strukturen weltweit – und damit Ernährungssouveränität. Das zentrale Millenniums-Entwicklungsziel, die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren, ist in weite Ferne gerückt. Die Folgen des Klimawandels werden die Ernährungsproblematik weiter verschärfen.

Eine globale Agrarwende hin zu kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft ist unabdingbar! Daher fordern wir die Bundesregierung auf, sich auf nationaler und internationaler Ebene für die Förderung kleinbäuerlicher Strukturen und für die weltweite Verbreitung der Prinzipien des Ökolandbaus einzusetzen, mit dem Ziel eine langfristige Ernährungssouveränität zu erreichen. Dies bedeutet insbesondere:

- 1.) Förderung von Kleinbauern und –bäuerinnen und ihrer Selbstorganisation, und Förderung der ländlichen Entwicklung, u.a. durch die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Wissensvermittlung und Weiterbildung
- 2.) Förderung des Fairen Handels als konkretem Instrument zur Armutsbekämpfung und Unterstützung kleinbäuerlicher Strukturen.
- 3.) Unterzeichnen des Weltagrarbericht (IAASTD) und aktive Unterstützung seiner Fortschreibung.
- 4.) sofortige und endgültige Abschaffung der Agrarexportsubventionen und Beendigung der Förderung der Überschussproduktion
- 5.) Bereitstellung von Forschungsgeldern für den ökologischen Landbau, statt für Gentechnik, insbesondere in Entwicklungsländern.
- 6.) Etablierung sozialer und ökologischer Kriterien für die Verwendung von Agrartreibstoffen und anderen nachwachsenden Rohstoffen. Von einer ungeprüften Beimischungspflicht ist abzusehen. Der Flächenanspruch für Futtermittel, Agrartreibstoffe und nachwachsende Rohstoffe in Drittländern darf nicht zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion gehen.

Die Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft in Entwicklungsländern wurde in der Politik bereits als wichtig eingestuft. Auf dem G8-Gipfel in L'Aquila wurde zugesagt, dass in den nächsten drei Jahren 20 Milliarden US-Dollar für die Landwirtschaft in Entwicklungsländern bereitgestellt werden. Auch die neue Bundesregierung hat der Förderung ländlicher Entwicklung einen Schwerpunkt eingeräumt. Diesen Zusagen müssen Handlungen folgen. Eine zukunftsweisende Ernährungssicherung kann nur erreicht werden, wenn alle Verantwortlichen zielgerichtet, effizient und mit Hochdruck an dieser Aufgabe arbeiten.

[weitere Informationen](#)

